

Änderung des Sitzzuteilungsverfahrens und Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen für die Wahl des Gemeinderats und des Parlaments, Teilrevision des Reglements über Abstimmungen und Wahlen; Volksabstimmung

Beschluss und Botschaft, Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Die Mitglieder des Parlaments und des Gemeinderats von Köniz werden im Proporz- oder Verhältniswahlverfahren gewählt. Nach diesem Verfahren wird in einem ersten Schritt ermittelt, wie viele Sitze den einzelnen Parteien oder Wählergruppen im zu wählenden Gremium zustehen. Diese Sitze werden in einem zweiten Schritt den Kandidierenden der betreffenden Listen mit den meisten Stimmen zugewiesen. Die Gemeinde Köniz wendet für die Zuteilung der Sitze heute das so genannte Hagenbach-Bischoff-Verfahren an, das auch für die Wahl des Nationalrats und des Grossen Rats des Kantons Bern und ebenso in den meisten bernischen Gemeinden zur Anwendung kommt.

Am 13. März 2023 erklärte das Parlament die Motion der EVP-GLP-Mitte-Fraktion «Für unverzerzte Proporzahlen» (Motion V2222) erheblich. Das Motionsbegehren lautet wie folgt:

1. Das Sitzzuteilungsverfahren für die Gemeinderats- und Parlamentswahlen wird vom Divisorverfahren mit Abrundung (sog. Hagenbach-Bischoff-Verfahren) auf das Divisorverfahren mit Standardrundung (sog. Sainte-Laguë-Verfahren) gewechselt.
2. Die hierfür nötigen Anpassungen der rechtlichen Grundlagen werden rechtzeitig vorgenommen, damit der Wechsel des Sitzzuteilungsverfahrens – unter Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Organe – bei den nächsten Gemeindewahlen zur Anwendung kommt.
3. Abgesehen von Punkt 1 bleibt das Wahlsystem unverändert. Vorbehalten bleiben Anpassungen des Wahlsystems, die aus rechtlichen Gründen dieser Motion vorgehen (z. B. Anpassungen, die durch Änderungen im übergeordneten Recht nötig werden).

Der Gemeinderat hatte in seiner Antwort zur Motion (Parlamentssitzung vom 13. März 2023) ausgeführt, im Fall einer Erheblicherklärung durch das Parlament seien noch verschiedene Fragen zu prüfen. Er unterbreitete dem Parlament zuhanden der Sitzung vom 6. Mai 2024 den Bericht eines externen Experten mit Überlegungen zu einem Wechsel vom Zuteilungsverfahren nach Hagenbach-Bischoff zum Verfahren nach Sainte-Laguë und zu weiteren damit verbundenen Aspekten. Der Gemeinderat beantragte dem Parlament formell die Kenntnisnahme des Berichts, wünschte aber, vom Parlament Hinweise zu erhalten, wie die zu erarbeitende Vorlage im Hinblick auf die im Bericht angesprochenen Fragen (Anwendung des Verfahrens Sainte-Laguë bei Exekutivwahlen, Kombination mit Listenverbindungen, insbesondere mehrparteiigen Listenverbindungen) ausgestaltet werden soll. Das Parlament nahm den Bericht zustimmend oder teilweise zustimmend zur Kenntnis und äusserte sich in der Diskussion auch zu weiteren damit verbundenen Aspekten, unter anderem zu Listenverbindungen.

Kurze Zeit nach der Debatte vom 6. Mai 2024 reichte die EVP-GLP-Mitte-Fraktion die parlamentarische Initiative «Für unverzerzte Proporzahlen» mit weitgehend identischem Inhalt wie die Motion 2222 ein, die unter anderem nochmals einen Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren (mit einer Auszählung der Stimmen im so genannten Höchstzahlverfahren) sowie eine Beschränkung der Zulässigkeit von Listenverbindungen und die Abschaffung der Unterlistenverbindungen fordert.

Der Gemeinderat entspricht mit dem vorliegenden Antrag der Motion V2222 «Für unverzerzte Proporzahlen» und damit in erster Linie der Forderung nach einem Wechsel zum Sainte-

Laguë-Verfahren. Er berücksichtigt die Diskussion vom 6. Mai 2024 und die getroffenen Abklärungen im externen Bericht, namentlich 1) zur Opportunität der Anwendung des Sainte-Laguë Verfahrens für die Wahl des Gemeinderats; und 2) zur Kombination von Sainte-Laguë mit Listenverbindungen, insbesondere mehrparteiigen Listenverbindungen. Zur parlamentarischen Initiative hat der Gemeinderat am 15. August 2024 Stellung genommen. Das Parlament hat die parlamentarische Initiative am 4. November 2024 behandelt und deren vorläufige Unterstützung abgelehnt.

2. Sitzzuteilungsverfahren nach Sainte-Laguë

2.1 Unterschied zum Verfahren nach Hagenbach-Bischoff

Das durch den französischen Mathematiker Jean-André Sainte-Laguë entwickelte Sitzzuteilungsverfahren lehnt sich an das Modell an, das der US-amerikanische Politiker Daniel Webster im 19. Jahrhundert für die Wahl des Repräsentantenhauses entwickelte. Es ist ein so genanntes Divisorverfahren. In solchen Verfahren werden die für eine Wählergruppe abgegebenen Stimmen durch eine Zahl oder Zahlenreihe dividiert und die Sitze nach der Grösse der so berechneten Quotienten vergeben.

Im Verfahren Hagenbach-Bischoff werden alle Quotienten abgerundet. Im Verfahren Sainte-Laguë werden sie entweder abgerundet oder aufgerundet, grundsätzlich wie bei der allgemein bekannten kaufmännischen Rundung.¹

Das Verfahren nach Hagenbach-Bischoff ist schweizweit am weitesten verbreitet. Es wird bei den Nationalratswahlen² angewandt, es ist auch das am meisten angewandte System in den Kantonen. Die Exekutive wird mit Ausnahme des Tessin in allen Kantonen im Majorzverfahren gewählt. Fast alle Gemeinden im Kanton Bern, die ihr Gemeindeparlament oder ihre Exekutive (Gemeinderat) im Proporz wählen, wenden das Verfahren nach Hagenbach-Bischoff an. Die Vorteile von Hagenbach-Bischoff sind seine bessere Verständlichkeit für die Wählenden, da sich die Sitzverteilung mathematisch relativ einfach nachvollziehen lässt. Aufgrund der weiten Verbreitung und langjährigen Anwendung verfügt es über eine hohe Legitimation bei der Bevölkerung.³ Als Nachteil wird häufig aufgeführt, dass wählerstärkere Parteien bei der Verteilung der Restmandate tendenziell eher bevorzugt werden. Die Möglichkeit zur Bildung von (mehrparteiigen) Listenverbindungen wirkt diesem Aspekt jedoch entgegen. Die Kritik an Hagenbach-Bischoff wird vor allem dort diskutiert, wo ein Gemeinwesen in verschiedene Wahlkreise unterteilt ist, was in Köniz nicht der Fall ist, da die Gemeinde Köniz einen einzigen Wahlkreis bildet.

Das Verfahren nach Sainte-Laguë ist in den letzten Jahren in verschiedenen Kantonen für Parlamentswahlen eingeführt worden, vor allem im Rahmen des "Doppelten Pukelsheim" bei Proporzahlen mit mehreren Wahlkreisen. Der Hauptvorteil des Verfahrens nach Sainte-Laguë liegt darin, dass sich die Sitzzuteilung in Bezug auf die Grösse der Partei oder Wählergruppe bzw. deren Stimmenzahl neutral verhält und somit dem Erfordernis der so genannten Erfolgswertgleichheit (gleiche praktische Wirksamkeit der abgegebenen Stimmen) stärker Rechnung getragen wird. Dies wird erreicht, indem ein Zuteilungsdivisor ermittelt wird, mit welchem genau

¹ Für das doppeltproportionale Zuteilungsverfahren mit Standardrundung ist heute die Bezeichnung «Doppelter Pukelsheim» geläufig. Der Mathematiker Friedrich Pukelsheim weist darauf hin, dass es in äusserst seltenen Fällen keinen Zuteilungsdivisor gibt, der zusammen mit der kaufmännischen Rundung der Quotienten dazu führt, dass die korrekte Anzahl Sitze (nicht mehr und nicht weniger) verteilt wird. Er verlangt in solchen Ausnahmekonstellationen einen Losentscheid. Er spricht wegen dieser Besonderheit präzisierend nicht von kaufmännischer Rundung, sondern von Standardrundung. Siehe vor allem Friedrich Pukelsheim / Christian Schuhmacher, Doppelproporz bei Parlamentswahlen – ein Rück- und Ausblick, Abschnitt E.5 (frei greifbar im Internet, Universität Augsburg, Institut für Mathematik; greifbar auch in der juristischen Zeitschrift AJP 2011 1581).

² Die Änderung des Zuteilungsverfahrens und eine mögliche Einführung von Sainte-Laguë für die Nationalratswahlen wird aktuell im Rahmen einer Kommissionsinitiative der staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK.N 24.422) diskutiert, begleitet von Diskussionen über Listenverbindungen (mögliche Abschaffung) und der grossen Anzahl Listen in gewissen Kantonen bei den letzten Nationalratswahlen <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20240422>

³ Siehe zu den Vor- und Nachteilen der beiden Systeme die Antwort des Regierungsrats auf Vorstösse im Kanton Bern, Motion 127-2014 (Proporzgerechtigkeit bei Grossratswahlen, Antwort des Regierungsrats vom 26. November 2014) und Motion 310-2019 (Gerechte Sitzzuteilung bei den Grossratswahlen – auch im Kanton Bern), Antwort des Regierungsrats vom 13. Mai 2020.

alle zu besetzenden Sitze vergeben werden, d.h. es müssen - im Gegensatz zum Verfahren nach Hagenbach-Bischoff - keine Restmandate zugeteilt werden (siehe unten Kapitel 2.2). Allerdings gibt es durchaus Rechenbeispiele, welche die Vermutung zulassen, dass namentlich Kleinstparteien vom Verfahren nach Sainte-Laguë tendenziell eher profitieren dürften.⁴ Das Bundesgericht hat die Unterschiede zwischen den verschiedenen Proporzteilverfahren stark relativiert und klar festgehalten, dass sowohl Sainte-Laguë als auch Hagenbach-Bischoff verfassungskonform sind. Als Nachteile von Sainte-Laguë werden in der Regel aufgeführt, dass das System mathematisch komplex und deshalb für die Wählenden schwerer nachvollziehbar ist und dass es tendenziell eher zu einer Zersplitterung der Parteien führen kann, was namentlich bei Exekutivwahlen eher nicht erwünscht ist, da auch die Persönlichkeit der Kandidierenden nach verbreiteter Überzeugung eine grössere Rolle spielen sollte. Dies ist wohl auch der Grund, dass in der Schweiz und im Ausland soweit ersichtlich kein Fall bekannt ist, wo Sainte-Laguë bei Exekutivwahlen angewandt wird.

Weitere Ausführungen zu den Verteilverfahren nach Hagenbach-Bischoff und nach Sainte-Laguë finden sich in Kapitel 2 des externen Expertenberichts, welcher vom Parlament an der Sitzung vom 6. Mai 2024 diskutiert wurde.⁵

Der Gemeinderat hält vorweg fest, dass sowohl die Methode Hagenbach-Bischoff als auch das Sainte-Laguë-Verfahren rechtlich zulässige und verfassungskonforme Zuteilungsverfahren sind. Beide Verfahren haben gewisse Vor- und Nachteile. Berechnungen in der Antwort des Gemeinderats zur Motion "Für unverzerzte Proporzahlen" zeigen auf, dass davon auszugehen ist, dass die beiden Verfahren nur im beschränkten Umfang zu unterschiedlichen Ergebnissen führen.⁶ Die Anwendung von St Laguë in nur einem Wahlkreis ist eher ungewöhnlich und für die Wahl der Exekutive (Gemeinderat) ein Novum. Welches das für Köniz "richtige" Verfahren ist, ist deshalb vorwiegend ein politischer Entscheid. Die wohl grösste praktische Auswirkung bei einem Wechsel von Hagenbach-Bischoff zu Sainte-Laguë ist die Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen (siehe hierzu weiter unten Kapitel 3).

2.2 Methodische Rechenwege

Im Verfahren nach Sainte-Laguë können die auf die einzelnen Listen entfallenden Sitze auf verschiedenen Rechenwegen ermittelt werden, namentlich durch die Bestimmung eines für alle Listen einheitlichen Zuteilungsddivisors oder durch ein Höchstzahlverfahren.⁷ Beide Methoden führen mathematisch zum gleichen Ergebnis.

Nach der ersten Methode wird mit einem gemeinsamen Zuteilungsddivisor gearbeitet, durch den die auf die einzelnen Listen entfallenden Stimmen geteilt werden. Der resultierende Quotient aus dieser Teilung wird auf die nächste ganze Zahl auf- oder abgerundet. Gefragt ist nun ein Zuteilungsddivisor, mit dem – unter Berücksichtigung der erwähnten Rundungen – genau alle zu besetzenden Sitze vergeben werden, nicht mehr und nicht weniger. Zuteilungsddivisoren mit dieser Eigenschaft lassen sich nicht aufgrund einer festen Formel berechnen, sondern müssen durch schrittweise Annäherung gesucht werden. Als Ausgangspunkt für diese Annäherung kann die Gesamtzahl der Stimmen für alle Listen durch die Gesamtzahl der zu besetzenden Sitze geteilt werden. Werden mit dem resultierenden Zuteilungsddivisor zu viele Sitze zugeteilt, muss der Divisor schrittweise erhöht werden, bis genau die richtige Anzahl Sitze vergeben wird; werden zu wenig Sitze zugeteilt, muss der Divisor gesenkt werden. Dieses Verfahren wird in Deutschland für die Wahl des Europaparlaments und des Bundestages angewendet. In der Schweiz kommt es beispielsweise in den Kantonen Zürich, Aargau und Schaffhausen im Rahmen des «Doppelten Pukelsheim» zur Anwendung.

⁴ Vgl. hierzu den Bericht "Wechsel vom Wahlverfahren nach Hagenbach-Bischoff zum Verfahren nach Sainte-Laguë", S. 10 f, welcher dem Parlament am 6. Mai 2024 zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde, V2222 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Für unverzerzte Proporzahlen", Externer Bericht, Kenntnisnahme.
https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/21763/2024-05-06_T04_V2222%20Motion%20unverzerzte%20Proporzahlen.pdf?fp=1

⁵ ebenda

⁶ https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/20375/2023-03-13_T05_F%C3%BCr%20unverzerzte%20Proporzahlen.pdf?fp=1

⁷ Das für die Zuteilung der Ausschusssitze des Bundestages angewendete, aber komplizierte Rangmasszahlverfahren kommt nach Auffassung des Gemeinderats nicht in Betracht.

Im Höchstzahlverfahren werden die auf die einzelnen Listen entfallenden Stimmen nacheinander durch 0.5, 1.5, 2.5 etc. oder, was mathematisch betrachtet zu den gleichen Ergebnissen führt, durch 1, 3, 5 etc. geteilt. Dieses Verfahren wird deshalb auch als Methode mit ungeraden Teilern bezeichnet. Anschliessend werden so viele höchste Quotienten aus dieser Division (Höchstzahlen) identifiziert, wie Sitze zu besetzen sind; jede Liste erhält dann so viele Sitze, wie sie Höchstzahlen erreicht hat. Das Höchstzahlverfahren wird in verschiedenen deutschen Bundesländern, beispielsweise in Bremen und Baden-Württemberg, angewendet.

In der Diskussion zur Motion «Für unverzerrte Proporzahlen» vom 6. Mai 2024 ist bemerkt worden, die Bestimmung eines Zuteilungsdivisors sei «am einfachsten zum Nachkontrollieren für die Bevölkerung». Diese Methode gilt auch als die effizienteste, wogegen das Höchstzahlverfahren für grössere Gremien eine Vielzahl von Rechenoperationen erfordert. Das Verfahren mit dem gemeinsamen Zuteilungsdivisor wird im Gegensatz zum Höchstzahlverfahren in der Schweiz auch bereits angewendet und hat soweit ersichtlich keine Probleme aufgegeben, hat sich also in der Praxis offenbar bewährt. Für das Verfahren mit Zuteilungsdivisor spricht weiter, dass die Gemeinde Köniz bei den Wahlen eine Software einsetzt, deren Herstellerin bereits über geeignete Programmteile für das Zuteilungsdivisor-Verfahren verfügt (hingegen müsste die Auswertung im Höchstzahlverfahren von Grund auf entwickelt bzw. programmiert werden, was wesentlich aufwändiger und wohl auch teurer wäre). Aus all diesen Gründen wird mit vorliegendem Antrag die Anwendung des Zuteilungsdivisor-Verfahrens beantragt.

2.3 Anwendung auch für die Gemeinderatswahlen (Exekutive)

Die Motion V2222 «Für unverzerrte Proporzahlen» verlangt einen Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren sowohl für die Parlaments- als auch für die Gemeinderatswahlen. Für Exekutivwahlen kommt das Sainte-Laguë-Verfahren, wie bereits oben ausgeführt, nach Wissen des Gemeinderats heute weder im Ausland noch in der Schweiz zur Anwendung. Eine Gemeinderatswahl im Sainte-Laguë-Verfahren stellt somit ein Novum dar. Dieses Verfahren liegt auch nicht gerade nahe, weil im Rahmen einer Exekutivwahl in aller Regel die Persönlichkeit der Kandidierenden im Vordergrund steht und der parteipolitischen Zusammensetzung für den Gemeinderat deshalb weniger Bedeutung zukommt als für das Parlament, das die politischen Überzeugungen der Bevölkerung bzw. der Stimmberechtigten möglichst genau widerspiegeln soll. Der Vorteil des Sainte-Laguë-Verfahrens, nämlich die unverzerrte Wiedergabe der Stimmenverhältnisse und die optimale Wahrung der Erfolgswertgleichheit der Stimmen, fällt mithin weniger ins Gewicht als bei einer Parlamentswahl.

Dennoch beantragt der Gemeinderat, das Sainte-Laguë-Verfahren – wie mit der Motion verlangt – sowohl für die Parlaments- als auch für die Gemeinderatswahlen vorzusehen. Es dürfte für die Stimm- und Wahlberechtigten schwerlich nachvollziehbar sein, weshalb für das Parlament einerseits und für den Gemeinderat andererseits unterschiedliche Proporzwahlssysteme gelten sollen. Eine solche Regelung wäre deshalb im Licht der verfassungsrechtlichen Gewährleistung der freien Willensbildung und unverfälschten Stimmabgabe nach Artikel 34 Absatz 2 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 auch rechtlich nicht vollends unproblematisch. Die wohl einzige ernsthaft in Betracht fallende Alternative wäre ein Wechsel von einer Proporzwahl zu einer Majorz- oder Mehrheitswahl des Gemeinderats, die beispielsweise die Stadt Burgdorf vorsieht. Ein solcher Wechsel ist in der Vergangenheit, unter anderem im Zusammenhang mit dem Projekt «Köniz 5» (2008-2010), allerdings verworfen worden und steht nach Auffassung des Gemeinderats heute nicht zur Diskussion.

3. Listenverbindungen

3.1 Allgemeines

Listenverbindungen sind für die Proporzahlen in Köniz heute unbeschränkt zulässig und auch andernorts, namentlich in Kantonen und Gemeinden mit einem Verfahren nach Hagenbach-Bischoff, verbreitet. Eine Listenverbindung bewirkt, dass die Stimmen für zwei oder mehr Listen für die Zuteilung der Sitze in einem ersten Schritt zusammengerechnet werden; die der Listenverbindung zugewiesenen Sitze werden dann in einem zweiten Schritt auf die einzelnen Listen verteilt. Verbundene Listen werden somit zunächst wie eine einzige Liste behandelt. Listenver-

bindungen haben zum Zweck, die Stimmkraft kleinerer Parteien oder Wählergruppen im Rahmen einer Proporzwahl zu bündeln und zu verstärken und «die durch Quoren, Wahlkreiseinteilung, Mandat- und Restmandatsverteilungssysteme verursachten Proportionalitätsabweichungen auszugleichen».⁸ Praktische Bedeutung haben sie in erster Linie im Zusammenhang mit der Verteilung von Restmandaten. Listenverbindungen sind dementsprechend durch das Bundesgericht und die Lehre als «Partnerschaft zur Verwertung von Reststimmen» bezeichnet worden.⁹ Listenverbindungen können aber auch bewirken, dass eine kleine Wählergruppe, die im Alleingang keinen Sitz in einem bestimmten Gremium erlangen würde, schliesslich "auf Kosten" einer anderen Gruppe einen Sitz erringt. Dies zeigt etwa das folgende (fiktive) Beispiel: Für einen Sitz in einem Gremium benötigt eine Partei oder Liste mindestens 6000 Stimmen; in Betracht kommen für diesen Sitz die drei Listen A, B und C. Die Liste A erzielt 7500 Stimmen, die Liste B 3500 Stimmen, die Liste C 4100 Stimmen. Verbinden sich die Listen B und C, erhalten sie zusammen insgesamt 7600 Stimmen und damit den Sitz, der schliesslich an die Liste C mit 4100 Stimmen geht. Die Liste A mit 7500 Stimmen, die als einzige die erforderliche Stimmenzahl auf sich vereinigt hat, geht demgegenüber leer aus.

3.2 Ein- und mehrparteiige Listenverbindungen

Listenverbindungen können sogenannte ein- und mehrparteiig sein. Eine einparteiige Listenverbindung liegt vor, wenn eine politische Partei oder Gruppierung, beispielsweise im Sinn eines «innerparteilichen Minderheitenschutzes», gleichzeitig verschiedene «Teillisten» wie beispielsweise regional ausgerichtete Listen einreicht. Mehrparteiige Listenverbindungen sind Verbindungen zwischen unterschiedlichen Parteien, die zur Verbesserung ihrer Wahlchancen¹⁰ miteinander eingehen.

Der Gemeinderat wird weiter unten vorschlagen, in Zukunft nur noch sogenannte einparteiige Listenverbindungen zuzulassen. Das wirft die Frage auf, wie man in der Gemeinde Köniz die einparteiigen Listenverbindungen ins Auge fassen und «adressieren» kann.

Zu beachten ist hier, dass gemäss dem Reglement über Abstimmungen und Wahlen der Gemeinde Köniz die Sitze nicht den Parteien, sondern den Listen zugeteilt werden. Die Listen müssen auch nicht unbedingt durch die politische Partei eingereicht werden. Gefordert ist ja einfach, dass eine bestimmte Anzahl stimmberechtigter Personen eine Liste mit Wahlvorschlägen einreicht (Art. 27 RAW).

Wenn man einparteiige und mehrparteiige Listenverbindungen unterscheiden will, ist es deshalb wohl zielführend, auf die (von den Wählergruppen bestimmten) Bezeichnungen der Listen abzustellen, ganz ähnlich wie es auf Bundesebene passiert: Artikel 31 Absatz 1^{bis} des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte (BPR) sieht vor, dass Unterlistenverbindungen für die Nationalratswahlen nur gültig sind zwischen «zwischen Listen gleicher Bezeichnung, die sich einzig durch einen Zusatz zur Kennzeichnung des Geschlechts, der Flügel einer Gruppierung, der Region oder des Alters unterscheiden».¹¹

3.3 Beurteilung

Die Vor- und Nachteile von Listenverbindungen werden generell unterschiedlich beurteilt und waren auch schon wiederholt Gegenstand von Ausführungen des Gemeinderats oder externer Berichte.¹² Listenverbindungen werden auf der einen Seite als geeignetes Mittel zum Ausgleich

⁸ Alfred Kölz, Probleme des kantonalen Wahlrechts, Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht 1987, S. 1 ff., 27.

⁹ BGE 99 Ia 444 E. 4; Benno Schmid, Die Listenverbindung im schweizerischen Proportionalwahlrecht, Diss. Zürich 1961, S. 35.

¹⁰ Anina Weber, Schweizerisches Wahlrecht und die Garantie der politischen Rechte, 2016, S. 218.

¹¹ Eine praktisch gleichlautende Bestimmung kennt der Kanton Thurgau für die Unterlistenverbindungen im Rahmen der Proporzwahl des Grossen Rates; vgl. § 51 Abs. 2 Gesetz vom 12. Februar 2014 über das Stimm- und Wahlrecht (StWG, RB 161.1), https://www.rechtsbuch.tg.ch/app/de/texts_of_law/161.1, besucht am 24. August 2024. Das Gesetz des Kantons St. Gallen vom 5. Dezember 2018 über Wahlen und Abstimmungen (WAG; sGS 125.3) enthält in Art. 43 Abs. 2 eine entsprechende Regelung generell für Listenverbindungen, https://www.gesetzessammlung.sg.ch/app/de/texts_of_law/125.3, besucht am 24. August 2024.

¹² Vgl. z.B. die Antwort des Gemeinderats vom 28. Juni 2017 zur Motion BDP «Transparenz bei Gemeinderatswahlen – Listenverbindungen abschaffen» zuhanden der Parlamentssitzung vom 18. September 2017 und die Hinweise in den Berichten Ueli Friederich «Majorz- oder Proporzwahl für die Mitglieder des Gemeinderats in Köniz?» vom 4.

systembedingter Nachteile eines Wahlverfahrens für kleine Parteien oder Wählergruppen gewürdigt. Dagegen wird eingewendet, Listenverbindungen komplizieren das Wahlverfahren und seien intransparent; insbesondere mehrparteiige Listenverbindungen könnten als «unnatürliche Allianzen» zudem den Wählerwillen verfälschen, weil schliesslich nicht eine Person der durch die Wählenden bevorzugten Partei oder Wählergruppe, sondern eine Vertretung einer anderen Gruppe gewählt werde.

Für die Beurteilung der Opportunität von Listenverbindungen bei einem Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren ist zu unterscheiden zwischen den beiden unter Ziffer 3.1 erwähnten Funktionen, nämlich zwischen der Bedeutung für die Zuteilung von Restmandaten einerseits und der mit der Listenverbindung geschaffenen Möglichkeit, dass eine kleinere Partei oder Wählergruppe dank der Verbindung überhaupt (zulasten einer anderen Partei) einen Sitz erringt, anderseits.

Mit Blick auf die Zuteilung von Restmandaten erscheinen Listenverbindungen sinnvoll, wenn das angewendete Verfahren wie das Verfahren nach Hagenbach-Bischoff dazu führen kann, dass die Restmandate tendenziell eher wählerstärkeren Parteien zugeteilt werden. In einem solchen Fall können Listenverbindungen diese möglichen Effekte ausgleichen. Hagenbach-Bischoff selber schlug seinerzeit «gekoppelte Listen» vor, um diese zu dämpfen.¹³ Wird das Sainte-Laguë-Verfahren eingeführt, stellt sich dieses Problem allerdings nicht mehr, weil die reine Proporzidee mit Sainte-Laguë mathematisch am genauesten umgesetzt ist (siehe vorne Ziffer 2.2). Deshalb machen Listenverbindungen nach einem Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren keinen Sinn mehr.¹⁴ Praktische Bedeutung können sie somit nur noch haben, wenn sie einer Partei oder Wählergruppe, die ohne Verbindung keinen Sitz erzielen würden, auf Kosten einer anderen Gruppierung einen Sitz verschaffen. Diese mögliche Konsequenz ist für einparteiige und für mehrparteiige Listenverbindungen unterschiedlich zu beurteilen:

Sind die Listen A, B und C in dem unter Ziffer 3.1 erwähnten Zahlenbeispiel mehrparteiig, d.h. durch unterschiedliche Parteien eingereicht worden, geht der Sitz der Liste C an eine andere Partei als an diejenige, die mit 7500 Stimmen das beste Resultat erzielt hat (Partei mit der Liste A). Dieses Ergebnis entspricht nicht dem «wahren Willen» der Wählenden, die mehrheitlich für die Partei mit der Liste A gestimmt haben und keinen Einfluss auf die Verbindung dieser Liste mit einer andern nehmen können, und ist deshalb rechtlich problematisch.¹⁵ In der neueren Lehre werden mehrparteiige Listenverbindungen mit Blick auf solche Ergebnisse als «Verletzung des Grundsatzes der direkten Wahl» kritisiert.¹⁶

Anders zu beurteilen ist das Ergebnis, wenn nur einparteiige Listenverbindungen im Spiel stehen. Sind die Listen B und C im erwähnten Zahlenbeispiel z.B. eine Liste "Partei A Senior:innen" und eine Liste "Partei A Jugend" derselben Partei oder Wählergruppe "A", erzielt diese Gruppierung insgesamt 7600 Stimmen und somit mehr Stimmen als die Partei mit der Liste A. Es erscheint in diesem Fall angezeigt, dass sie und nicht die Partei A den Sitz erhält. Die einparteiige Listenverbindung führt, anders als eine mehrparteiige, nicht zu einem «Transfer» des Sitzes zu einer anderen Partei oder Wählergruppe. Die Stimmen kommen vielmehr der Gruppierung zu, für welche die Wählenden tatsächlich mehrheitlich votiert haben. Eine Partei oder Wählergruppe kann, auch im Interesse des Minderheitenschutzes, durchaus ein legitimes Bedürfnis haben, mit Teillisten beispielsweise Geschlechter, Altersgruppen oder regionale Interessen, allenfalls auch Parteiminderheiten, besonders zu berücksichtigen und im Wahlkampf aufzutreten zu lassen. Bestünde die Möglichkeit der einparteiigen Listenverbindung nicht, wäre dies nicht ohne das Risiko eines Sitzverlustes möglich. Einparteiige Listenverbindungen er-

März 2008, S. 7 f., und «Wechsel vom Wahlverfahren nach Hagenbach-Bischoff zum Verfahren nach Sainte-Laguë? – Überlegungen zu Eigenarten, zur Verbreitung, zu rechtlichen Aspekten und zur Opportunität der Wahlverfahren sowie zu Listenverbindungen, insbesondere in Kombination mit dem Verfahren Sainte-Laguë» vom 7. Dezember 2023, S. 13 ff.

¹³ Eduard Hagenbach-Bischoff, Anwendung gekoppelter Listen, in: Bulletin des Schweizerischen Wahlreformvereins für proportionale Volksvertretung 1896, Nr. 10/11, S. 78 ff.

¹⁴ Proporzwahlssysteme im Vergleich; Bericht der Bundeskanzlei vom 21. August 2013, S. 21; Weber, Wahlrecht, S. 247.

¹⁵ Vgl. z.B. Schmid, S. 49 f.; Weber, Wahlrecht, S. 252 f.

¹⁶ Weber, Wahlrecht, S. 253; Anina Weber, Listenverbindungen: Problematische Liaisons bei Wahlen, AJP 2013, S. 683 ff., 694 und 697.

scheinen somit auch bei einem Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren sinnvoll. Der Grundsatz der direkten Wahl (vgl. Art. 34 BV) bleibt gewährleistet. Eine Parteizersplitterung droht nicht.

3.4 Fazit

Der Gemeinderat erachtet es aus den dargelegten Gründen als angezeigt, bei einem Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren nicht zuletzt mit Blick auf allfällige künftige rechtliche Risiken auf mehrparteiige Listenverbindungen zu verzichten, aber einparteiige Verbindungen nach wie vor zuzulassen. Eine solche Regelung entspricht nicht nur dem, was der Gemeinderat der parlamentarischen Debatte vom 6. Mai 2024 entnimmt, sondern auch der Grundidee, die historisch betrachtet der Einführung der Listenverbindung zugrunde lag.¹⁷

4. Unterlistenverbindungen

Unterlistenverbindungen machen Sinn, wenn politische Gruppierungen ihre Chancen auf einen Sitz im Rahmen einer Listenverbindung optimal wahren wollen. Dieses Bedürfnis besteht unter Umständen, wenn sich mehrere Parteien oder Wählergruppen unterschiedlicher Ausrichtung an einer Listenverbindung beteiligen, kaum aber im Rahmen einer einparteiigen Listenverbindung.¹⁸ Hinzu kommt, dass eine Unterlistenverbindung nur möglich ist, wenn sich drei oder mehr Listen verbinden, was im Fall einparteiiger Listenverbindungen selten bis sehr selten der Fall sein dürfte. Soweit bekannt, haben sich in der Praxis denn auch nie Listen einer einparteiigen Listenverbindung zu Unterlistenverbindungen zusammengeschlossen. Zu berücksichtigen ist im Weiteren, dass Unterlistenverbindungen das Zuteilungsverfahren komplizieren und die Nachvollziehbarkeit erschweren, womit die Transparenz des Wahlverfahrens leiden kann.¹⁹ Der Gemeinderat schlägt deshalb nicht zuletzt auch im Interesse eines möglichst einfachen und transparenten Wahlverfahrens vor, die Möglichkeit von Unterlistenverbindungen zu streichen.

5. Anpassungen des Reglements über Abstimmungen und Wahlen

Das Reglement über Abstimmungen und Wahlen regelt die Zuteilung der Sitze an die Listen heute in den Artikeln 42 und 43. Die Regelung der ersten Verteilung in Artikel 42 ist durch die neuen Bestimmungen über den gemeinsamen Zuteilungsdivisor zu ersetzen. Artikel 43 über die Verteilung der Restmandate wird mit dieser Anpassung gegenstandslos und kann gestrichen werden. Artikel 44 Absatz 2 ist redaktionell entsprechend anzupassen. Ebenfalls anzupassen ist Artikel 49 Absatz 3, der heute auf die Restmandate nach Artikel 43 Bezug nimmt. Die Listen- und Unterlistenverbindungen für die Proporzahlen des Parlaments und des Gemeinderats sind in den Artikeln 11a, 31 und 44 erwähnt. Die Artikel 11a und 31 sind an die Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen und der Unterlistenverbindungen anzupassen.

Die vorgeschlagenen neuen Normtexte sind in der beiliegenden Synopsis «Anpassungen Reglement vom 5. Juni 2005 über Abstimmungen und Wahlen (Zuteilungsverfahren und Listenverbindungen)» aufgeführt und werden da kurz erläutert (Beilage 1)

6. Inkrafttreten

Der Gemeinderat legt dem Parlament mit vorliegendem Antrag fristgerecht im Rahmen der gesetzlichen Erfüllungsfrist (Art. 61 Geschäftsreglement des Parlaments) eine Vorlage zur Umsetzung der Motion 2222 z.H. der Stimmbevölkerung vor. Eine Volksabstimmung über die Änderungen des Reglements über Abstimmungen und Wahlen wird frühestens am 18. Mai 2025

¹⁷ Der Bundesgesetzgeber hat die Listenverbindung in erster Linie in der Absicht zugelassen, die einparteiige Verbindung regionaler Teillisten für die Nationalratswahl zuzulassen; vgl. Schmid, Listenverbindungen, S. 96 ff.; Weber, Wahlrecht, S. 240.

¹⁸ Zum Ganzen Schmid, Listenverbindungen, S. 54 ff. und S. 237. Vgl. auch Weber, Wahlrecht, S. 265: «Bei der einparteiigen Listenverbindung erübrigt sich die Frage nach der Zulassung mehrfacher Verbindungen; es besteht schlicht kein Bedarf mehr».

¹⁹ Ivo Hangartner/Andreas Kley/Nadia Braun Binder/Andreas Glaser, Die demokratischen Rechte in Bund und Kantonen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 2. Auflage 2023, S. 285; Weber, Wahlrecht, S. 260.

möglich sein. Theoretisch könnten die Änderungen im Fall der Annahme kurze Zeit später in Kraft gesetzt werden. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass die Motion «Für unverzerrte Proporzahlen» einen Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren noch vor den nächsten Gemeindewahlen (28. September 2025) anstrebt, und hat auch Verständnis für dieses Anliegen. Wie bereits im Antrag des Gemeinderats vom 26. Juni 2024 an das Parlamentsbüro zur Verlängerung der Erfüllungsfrist für die Motion V2222 «Für unverzerrte Proporzahlen»²⁰ dargelegt, erachtet der Gemeinderat eine Inkraftsetzung der Änderungen vor den Gesamterneuerungswahlen 2025 aber als kritisch, weil mit Unsicherheiten und Risiken behaftet. Die Ersatzwahl vom 22. September 2024 für die Nachfolge von Gemeinderat Thomas Brönnimann ist erfolgt, ohne dass die Stimmberechtigten wussten, ob das aktuelle Wahlsystem für die Gesamterneuerungswahlen im folgenden Jahr ändert oder nicht. Die Änderung des Wahlsystems im Wahljahr selbst wäre mit konkreten Risiken verbunden, unter anderem deshalb, weil im Fall einer Beschwerde gegen die Neuregelung unklar wäre, welches Verfahren nun gelten soll. Zu beachten ist im Weiteren, dass die Auslosung der Listennummern gemäss Art. 26 der Verordnung vom 9. Februar 2005 über Abstimmungen und Wahlen spätestens vier Monate vor der Wahl, d.h. spätestens am 28. Mai 2025 und damit bereits 10 Tage nach dem Abstimmungstermin stattzufinden hat, zu dem noch nicht definitiv feststeht, ob das neue Wahlsystem - und damit verbunden auch die Frage ob mehrparteiige Listenverbindungen noch erlaubt sind - gilt, da die Beschwerdefrist gegen die Abstimmung noch läuft. Schliesslich ist zu beachten, dass die Zeit für die Einführung und entsprechende Anpassungen der Software knapp wäre. Der Gemeinderat erachtet es aus diesen Gründen als angezeigt, die Änderungen erst nach den Wahlen, auf den 1. Januar 2026, in Kraft treten zu lassen.

Wie üblich wird vorgeschlagen, dass nicht die Stimmberechtigten über das Inkrafttreten bestimmen, sondern dass dies delegiert wird. Auf diese Weise braucht es keine weitere Volksabstimmung, wenn wegen Unvorhergesehenem das Datum des Inkrafttretens verschoben werden muss.

Bei vielen anderen Geschäften bestimmt der Gemeinderat das Datum des Inkrafttretens. Im vorliegenden Fall geht es um ein bedeutendes Geschäft, bei dem im Parlament und in seinen Gremien der Zeitplan schon mehrfach thematisiert wurde. Der Gemeinderat schlägt deshalb vor, dass das Parlament das Datum des Inkrafttretens bestimmt. Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, das Inkrafttreten auf den 1. Januar 2026 festzulegen.

7. Abstimmungsvorlage zuhanden der Stimmberechtigten

Über die Änderungen des Reglements über Abstimmungen und Wahlen werden nach Artikel 32 Buchstabe c der Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004 die Stimmberechtigten zu beschliessen haben. Dem vorliegenden Antrag ist der Entwurf für eine Botschaft an die Stimmberechtigten (Beilage 2) mit den beantragten Änderungen des RAW im Anhang beigelegt.

8. Vorprüfung

Die diesem Antrag beigelegten Anträge für Anpassungen des RAW sind dem kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zur Vorprüfung unterbreitet worden. Die Bemerkungen des AGR wurden aufgenommen, die entworfenen Bestimmungen sind somit genehmigungsfähig.

²⁰ <https://www.koeniz.ch/aktuell/gemeinderat.page/1589>

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Mit x zu y Stimmen bei z Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, den folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Änderung des Reglements vom 5. Juni 2005 über Abstimmungen und Wahlen gemäss Anhang zu dieser Botschaft wird zugestimmt.

2. Das Parlament bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

2. Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden genehmigt.

3. Die Änderungen treten am 1. Januar 2026 in Kraft. Diese Ziffer steht unter dem Vorbehalt, dass die Stimmberechtigten der Vorlage zustimmen.

Köniz, 11. Dezember 2024

Der Gemeinderat

Beilagen

1) Änderungsvorlage «Anpassungen Reglement vom 5. Juni 2005 über Abstimmungen und Wahlen (Zuteilungsverfahren und Listenverbindungen)»

2) Entwurf Abstimmungsbotschaft

Änderungsvorlage

Anpassungen Reglement vom 5. Juni 2005 über Abstimmungen und Wahlen (Zuteilungsverfahren und Listenverbindungen)

Bisheriger Text		Neuer Text (Änderungen fett/kursiv)	Erläuterungen
III. Organisation der Abstimmungen und Wahlen			
1. Stimm- und Wahlmaterial			
(...)			
Art. 11a			
Wahlzettel mit Vordruck für Verhältniswahlen	Die Wahlzettel mit Vordruck für Verhältniswahlen enthalten jeweils die Bezeichnung und Ordnungsnummer der Liste, allfällige Listen- und Unterlistenverbindungen sowie folgende Angaben der wählbaren Personen:	Wahlzettel mit Vordruck für Verhältniswahlen	Art. 11a ist an die Änderungen von Art. 31 Abs. 2–3 (Unzulässigkeit von Listenverbindungen) anzupassen. Bei dieser Gelegenheit wird der letzte Satzteil redaktionell geringfügig angepasst.
	<ul style="list-style-type: none">a) Name,b) Vorname,c) Geburtsjahr,d) Beruf,e) Wohnort,f) gegebenenfalls den Vermerk «bis-her».	Art. 11a Die Wahlzettel mit Vordruck für Verhältniswahlen enthalten jeweils die Bezeichnung und Ordnungsnummer der Liste, allfällige Listenverbindungen sowie folgende Angaben zu den wählbaren Personen: <ul style="list-style-type: none">a) Name,b) Vorname,c) Geburtsjahr,d) Beruf,e) Wohnort,f) gegebenenfalls den Vermerk «bis-her».	
(...)			

Bisheriger Text	Neuer Text (Änderungen fett/kursiv)	Erläuterungen
<p>V. Gemeindewahlen</p> <p>(...)</p> <p>2. Verhältniswahl des Parlaments und des Gemeinderats</p> <p>(...)</p> <p>Art. 31</p> <p>1 Listenverbindungen sind zulässig.</p>	<p>Art. 31</p> <p>1 Listenverbindungen sind zulässig für Listen mit gleicher Bezeichnung ihres Ursprungs (Art. 27 Abs. 1), die sich ausschliesslich durch einen Zusatz zur Kennzeichnung des Geschlechts, des Alters, des Flügels der Wählergruppe oder der Region unterscheiden.</p>	<p>Abs. 1 beschränkt die Zulässigkeit neu auf so genannte einparteiige Listenverbindungen an.</p> <p>Die Formulierung lehnt sich an Art. 31 Abs. 1^{bis} des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte (BPR) und Art. 8c Abs. 2 der Verordnung vom 24. Mai 1978 über die politischen Rechte (VPR) über Unterlistenverbindungen für die Nationalratswahl an. Praktisch gleich lauten auch Art. 43 Abs. 2 des Gesetzes des Kantons St. Gallen vom 5. Dezember 2018 über Wahlen und Abstimmungen (für alle Listenverbindungen) und § 51 Abs. 2 des Gesetzes des Kantons Thurgau vom 12. Februar 2014 über das Stimm- und Wahlrecht (für Unterlistenverbindungen). Redaktionell ist die Bestimmung auf die Terminologie und die übrigen Regelungen im Reglement, insbesondere auf Art. 27 Abs. 1, abgestimmt.</p>
<p>2 Unterlistenverbindungen innerhalb einer Listenverbindung sind zulässig.</p>	<p>2 Unterlistenverbindungen innerhalb einer Listenverbindung sind nicht zulässig.</p>	<p>Abs. 2 sieht neu vor, dass Unterlistenverbindungen nicht mehr zulässig sind. Diese erübrigen sich, wenn generell nur noch einparteiige Listenverbindungen zugelassen sind.</p>

Bisheriger Text	Neuer Text (Änderungen fett/kursiv)	Erläuterungen
<p>^{2bis} Unter-Unterlistenverbindungen sind nicht zulässig.</p> <p>³ Listenverbindungen und Unterlistenverbindungen müssen der Gemeinde bis zum 69. Tag (zehntletzten Montag) vor dem Wahltag um 17.00 Uhr durch übereinstimmende Erklärung sämtlicher Unterzeichnender oder Vertretungen der betroffenen Listen (Art. 29) gemeldet werden.</p> <p>(...)</p>	<p>^{2bis} <i>aufgehoben</i></p> <p>³ Listenverbindungen müssen der Gemeinde bis zum 69. Tag (zehntletzten Montag) vor dem Wahltag um 17.00 Uhr durch übereinstimmende Erklärung sämtlicher Unterzeichnender oder Vertretungen der betroffenen Listen (Art. 29) gemeldet werden.</p>	<p>Abs. 2^{bis} wird mit der Abschaffung der Unterlistenverbindungen gegenstandslos und kann aufgehoben werden.</p> <p>Abs. 3 ist redaktionell an die Abschaffung der Unterlistenverbindungen angepasst.</p>
<p>Art. 42</p>	<p>Art. 42</p>	<p>Vorgeschlagen wird ein Wechsel zur Sitzverteilung, wie sie der Mathematiker André Sainte-Laguë vorgeschlagen hatte. Seinen Prinzipien folgend werden in Artikel 42 RAW in rechtlicher Sprache und mit der nötigen Bestimmtheit Abarbeitungsregeln ausformuliert.</p>
<p>Verteilung der Sitze</p> <p>¹ Nach der Ermittlung der Stimmenzahlen wird die Gesamtzahl aller Parteistimmen durch die um eins vermehrte Zahl der zu besetzenden Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem so ermittelten Quotienten ist die Verteilungszahl.</p>	<p>Verteilung der Sitze</p> <p>¹ Nach der Ermittlung der Stimmenzahlen wird die Gesamtzahl der Parteistimmen aller Listen durch die Zahl der zu besetzenden Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl ist die provisorische Verteilungszahl.</p>	

Bisheriger Text	Neuer Text (Änderungen fett/kursiv)	Erläuterungen
<p>² Die Parteistimmenzahl jeder Liste wird durch die Verteilungszahl geteilt. Die sich aus diesen Teilungen ergebenden ganzen Zahlen geben an, wie viele Sitze jeder Liste zukommen.</p>	<p>² <i>Danach wird die Parteistimmenzahl jeder Liste durch die provisorische Verteilungszahl geteilt. Das Ergebnis dieser Teilung wird auf die nächstgelegene ganze Zahl gerundet (kaufmännische Rundung) und ergibt die Anzahl Sitze pro Liste.</i></p> <p>³ <i>Ergibt die Teilung nach Absatz 2, dass mehr Sitze verteilt werden als zu besetzen sind, ist die Verteilungszahl schrittweise zu erhöhen. Ergibt die Teilung nach Absatz 2, dass weniger Sitze verteilt werden als zu besetzen sind, ist die Verteilungszahl schrittweise zu senken.</i></p> <p>⁴ <i>Eine Verteilungszahl ist definitiv, sobald alle zu besetzenden Sitze verteilt werden können. Die definitive Verteilungszahl ist im Wahlprotokoll festzuhalten.</i></p>	<p>Kaufmännische Rundung ist die allgemein übliche Art der Rundung, bei der Zahlenbruchteile unter 0,5 zur darunterliegenden ganzen Zahl abgerundet werden, Zahlenbruchteile von 0,5 und höher zur darüberliegenden ganzen Zahl aufgerundet werden. (In Zusammenhang mit der Sitzverteilung nach Sainte-Laguë liest man manchmal auch den Ausdruck «Standardrundung», aber ungünstigerweise mit unterschiedlichen Bedeutungen, deshalb wird er in Absatz 2 nicht verwendet.)</p> <p>Der Zuteilungsdivisor kann im Reglement nicht mit einer festen Formel wiedergegeben werden, sondern ist durch rechnerische Annäherung zu ermitteln.</p> <p>Die Aufnahme in das Wahlprotokoll ist wichtig, damit die Parteien oder Wählergruppen das Resultat nachvollziehen können. Art. 19 Abs. 6 der Verordnung über Abstimmungen und Wahlen wird entsprechend zu ergänzen sein.</p>

Bisheriger Text	Neuer Text (Änderungen fett/kursiv)	Erläuterungen
<p>(...)</p>	<p><i>⁵ Lässt sich keine definitive Verteilungszahl finden, so entscheidet das Los. An der Losziehung nehmen diejenigen Listen teil, die beim Sprung von einer knapp zu hohen zu einer knapp zu tiefen Verteilungszahl einen Sitz dazugewinnen würden. Ausgenommen von der Losziehung sind jene Sitze, die bei einer knapp zu hohen Verteilungszahl bereits verteilt werden konnten.</i></p>	<p>Viele Sitzverteilungsverfahren brauchen die Losziehung als eine Art Deblockierungswerkzeug für äusserst seltene Fälle, in denen exakt gleiche Zahlen die Sitzverteilung unmöglich machen. Auch beim Verfahren nach Sainte-Laguë muss in äusserst seltenen Fällen das Los entscheiden. Wichtig ist der Hinweis, dass sich auch in solchen Fällen die Losziehung auf die letzten 1–2 Sitze beschränkt, denn für alle anderen Sitze ergab das schrittweise Vorgehen (Abs. 2–4) ganz klar, welchen Listen sie zugeteilt werden.</p>
<p>Art. 43</p> <p>Restmandate</p> <p>¹ Werden durch die Verteilung nach Art. 42 nicht alle Sitze vergeben, wird die Parteistimmenzahl jeder Liste durch die um eins vermehrte Zahl der ihr schon zugewiesenen Sitze geteilt und der erste noch zu vergebende Sitz derjenigen Liste zugewiesen, die bei dieser Teilung den grössten Quotienten aufweist. Dieses Verfahren wird wiederholt, solange noch weitere Sitze zu vergeben sind.</p> <p>² Ergibt die Teilung nach Abs. 1 zwei oder mehr gleiche Quotienten, erhält diejenige Liste den Sitz, die bei der Teilung durch die Verteilungszahl nach Art. 42 den grössten Rest aufweist.</p> <p>³ Sind auch die Parteistimmen dieser Listen gleich, hat die Liste den Vorrang, auf welcher die in Betracht kommende Kandidatin oder der in Betracht kommende Kandidat am meisten Stimmen erreicht hat.</p>	<p>Art. 43</p> <p><i>aufgehoben</i></p>	<p>Eine Verteilung von Restmandaten entfällt mit der Neuregelung.</p>

	Bisheriger Text		Neuer Text (Änderungen fett/kursiv)	Erläuterungen
	<p>4 Haben diese Personen gleich viele Kandidatenstimmen erreicht, entscheidet das Los.</p> <p>5 Für die Verteilung der Restmandate sind auch die Listen zu berücksichtigen, die bei der ersten Verteilung nach Art. 42 keinen Sitz erhalten haben.</p> <p>Art. 44</p> <p>1 Jede Gruppe miteinander verbundener Listen wird für die Verteilung der Sitze vorerst wie eine einzige Liste behandelt.</p> <p>2 Die der Gruppe zukommenden Sitze werden gemäss den Art. 42 und 43 auf die einzelnen Listen verteilt.</p> <p>(...)</p> <p>Art. 49</p> <p>1 Enthält eine Liste weniger Kandidatinnen und Kandidaten, als ihr Sitze zufallen, fordert die Gemeinde die Unterzeichnenden auf, so viele Personen vorzuschlagen, als die Liste noch Sitze besetzen kann. Sind nur noch weniger als zehn Unterzeichnende erreichbar, muss die Zahl der Unterzeichnenden ergänzt werden. Der neue Vorschlag muss in jedem Fall von zehn Stimmberechtigten unterzeichnet sein.</p> <p>2 Der Gemeinderat erklärt die Vorgeschlagenen, nach der Bereinigung der Wahlvorschläge (Art. 32–35), ohne Wahlgang als gewählt.</p>		<p>Art. 44</p> <p>1 <i>unverändert</i></p> <p>2 Die der Gruppe zukommenden Sitze werden gemäss Art. 42 auf die einzelnen Listen verteilt.</p> <p>Art. 49</p> <p>1 <i>unverändert</i></p> <p>2 <i>unverändert</i></p>	<p>Abs. 2 ist redaktionell an die Streichung von Art. 43 angepasst.</p>
Verbundene Listen		Verbundene Listen		
Ergänzungswahlen		Ergänzungswahlen		

Bisheriger Text	Neuer Text (Änderungen fett/kursiv)	Erläuterungen
<p>³ Machen die Unterzeichnenden der Liste von ihrem Vorschlagsrecht keinen Gebrauch oder können sie sich nicht einigen, werden die freien Sitze der Liste zugeteilt, die gemäss Wahlprotokoll das nächste Restmandat (Art. 43) erhalten hätte.</p>	<p>³ Machen die Unterzeichnenden der Liste von ihrem Vorschlagsrecht keinen Gebrauch oder können sie sich nicht einigen, werden die freien Sitze der Liste zugeteilt, die im Verfahren nach Art. 42 einen zusätzlichen Sitz erhalten hätte, wenn eine grössere Anzahl von Sitzen zu besetzen gewesen wäre.</p>	<p>Das Verfahren nach dem bisherigen Absatz 3 kann so nicht mehr durchgeführt werden, es muss angepasst werden.</p>